

## 5 Jahre Regierungserklärung zur „Agenda 2010“

Vor fünf Jahren, am 14. März 2003, hat Bundeskanzler Gerhard Schröder unter dem Titel „Agenda 2010“ ein umfassendes Reformprogramm angekündigt. Das Programm beinhaltet wichtige Weichenstellungen für die Zukunft, aber auch schmerzhaft Anpassungen, die von der Kohl-Regierung über viele Jahre verschleppt worden waren. Die Leitidee der Agenda 2010 lautete:

*„Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden.“*

Dieses Programm wurde von der rot-grünen Bundesregierung umgesetzt. Die Erfolge haben sich jedoch zum Teil erst nach der Bundestagswahl 2005 und nach der Bildung einer Großen Koalition eingestellt. Die Politik der SPD in der Großen Koalition knüpft an diese Erfolge an.

### Die wichtigen Ziele der Agenda 2010

- Förderung von Wachstum
- Mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung
- Bessere Vermittlung und Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte
- Senkung der Einkommensteuer
- Senkung der Lohnnebenkosten und Reform der sozialen Sicherungssysteme
- Wahrung der Arbeitnehmerrechte

### Das Ziel: Förderung von Wachstum

*„Wir müssen die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung verbessern.“*

Der Ursprung des wirtschaftlichen Aufschwungs findet seine Wurzeln in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005. Die eingeleiteten Reformen haben mit dafür gesorgt, dass bereits im Jahr 2004 eine Erholung und Belebung der deutschen Wirtschaft nachweisbar ist.

- 2003: -0,1%
- 2004: 1,6%
- 2005: 0,9%
- 2006: 2,9%
- 2007: 2,5%

### Das Ziel: Mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung

*„Wir sind verpflichtet, gerade in Zeiten geringen Wachstums oder wirtschaftlicher Stagnation die öffentlichen Investitionen auf hohem Niveau zu halten.“*

- Die konsequente Förderung guter Bildung von früher Kindheit an bis ins Alter ist eine tragende Säule der Agenda 2010. Mit ihrem Vier-Milliarden-Ganztagsschulprogramm hat die Schröder-Regierung einen wichtigen Paradigmenwechsel in der Schulpolitik eingeleitet. Bundesweit sind seitdem rund 6.400 Schulen zu Ganztagschulen auf- bzw. ausgebaut worden.

■ Die SPD hat deshalb in der Regierungszeit Schröder neue Prioritäten in der Familienpolitik gesetzt und das Angebot von Betreuungsplätzen erheblich verbessert. Mit dem im Dezember 2004 beschlossenen Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) hat die SPD den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren eingeleitet. Seitdem stehen den Kommunen jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro zusätzlich für ein besseres Betreuungsangebot zur Verfügung.

■ Das übergreifende Leitziel der Forschungsförderung: 3% des Bruttoinlandsprodukts sollen jährlich ab dem Jahr 2010 in Forschung und Entwicklung fließen, damit Deutschland mit innovativen Produkten und Dienstleistungen seine Wettbewerbsfähigkeit sichert und in Bereichen der Spitzenforschung wichtige Zukunftsmärkte von morgen erschließt. Dabei stieg der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt von 2,31 % im Jahr 1998 auf zuletzt 2,53 % (2006).

■ Die Impulse der Agenda-Politik haben zum Ende der vergangenen Legislaturperiode dazu geführt, dass durch die Exzellenzinitiative bis 2011 mit einem Gesamtvolumen von 1,9 Milliarden Euro an den Universitäten Leuchttürme der Wissenschaft entstehen können und darüber hinaus mit der Förderung von Graduiertenschulen und Exzellenzclustern nicht nur der wissenschaftliche Nachwuchs gestärkt wird, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen.

## Das Ziel: Bessere Vermittlung und Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

*„Wir sind dabei, die Bundesanstalt für Arbeit so umzubauen, dass sie ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen kann, nämlich Arbeitslose in Arbeit zu vermitteln und sie nicht bloß zu verwalten.“*

Mit der Agenda 2010 wurden grundlegende Reformen auf dem Arbeitsmarkt eingeleitet. Die Bundesagentur für Arbeit wurde zu einem modernen Dienstleister umgebaut mit dem Ziel: Mehr und bessere Betreuung der Arbeitslosen unter einem Dach. Die Kooperation von Arbeitsagenturen und Kommunen hat sich insgesamt bewährt. Sie muss verfassungskonform fortgesetzt werden.

■ Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war ein richtiger Schritt. Alle erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen werden seitdem aus einer Hand betreut. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente stehen grundsätzlich allen Betroffenen zur Verfügung, auch den ehemaligen Beziehern von Sozialhilfe. Dies hat auch dazu geführt, dass das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit offen gelegt wurde, eine Voraussetzung für konkrete Hilfe.

■ Einen besonderen Schwerpunkt hat seitdem die Förderung besonderer Zielgruppen des Arbeitsmarktes eingenommen. Mit dem Ausbildungspakt für Jugendliche (die ursprüngliche Zielsetzung von 30.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen ist mittlerweile verdoppelt worden) und der Initiative 50 plus für Ältere werden seitdem Personengruppen mit besonderen Vermittlungshemmnissen stärker gefördert. Die Agenda 2010 war nie statisch. Auf Initiative der SPD sind mit der Jobperspektive mittlerweile neue zusätzliche Instrumente für schwer Vermittelbare hinzugekommen. Andere Instrumente, die sich aufgrund der Evaluierungsergebnisse nicht bewährt haben (z.B. PSA) wurden zurückgefahren.

■ Dort, wo es zu Fehlentwicklungen oder Gerechtigkeitsdefiziten gekommen ist, muss dies korrigiert werden. Deshalb haben wir die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I wieder verlängert. Wir wollen, dass die Lebensleistung langjähriger Beitragszahler stärker berücksichtigt wird. Der Mechanismus der Regelsatzanpassung des Arbeitslosengeldes II wird überprüft.

■ Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Arbeitslosigkeit ist im letzten Jahr durchschnittlich um 700.000 zurückgegangen. Die Erwerbstätigkeit ist auf dem höchsten Stand seit vielen Jahren (rund 40 Millionen Erwerbstätige). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist deutlich gestiegen (+580.000 gegenüber dem Vorjahr).

■ Besonders wichtig: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist um mehr als 17% gesunken und die Erwerbsquote der über 50jährigen um 6,5% gestiegen.

■ Ein wichtiges Element der Arbeitsmarktreformen ist die jährliche Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden Euro. Diese Mittel werden frei,

um in den Städten und Gemeinden finanziellen Handlungsspielraum – zum Beispiel für die frühkindliche Förderung – wiederzugewinnen.

### Das Ziel: Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

*„Deshalb halten wir am Ziel der Haushaltskonsolidierung und am Stabilitätspakt, den wir vereinbart haben, fest. Nur: Dieser Pakt darf eben nicht statisch interpretiert werden.“*

Im Zuge des anziehenden wirtschaftlichen Wachstums, sinkender Arbeitslosigkeit und fortgesetzter Konsolidierungsanstrengungen ist es gelungen, die Gesundung der öffentlichen Haushalte voranzutreiben. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammen genommen konnten im Jahr 2007 erstmals seit vielen Jahrzehnten eine „schwarze Null“ vorweisen.

■ Die Neuverschuldung des Bundes ist halbiert worden: von 31,2 Mrd. Euro (2005) auf 14,4 Mrd. Euro (2007). Sie ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

■ Die Ausgabenquote (der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt) erreicht mit 11,2% voraussichtlich bereits 2008 einen historischen Tiefstand. Darüber hinaus werden Subventionen abgebaut. Die Finanzhilfen des Bundes sanken zwischen 2005 und 2008 um 7% von 6,1 Mrd. Euro auf 5,7 Mrd. Euro.

■ Bereits 2006 konnte die Defizitgrenze des Maastrichter EU-Vertrages von 3% des BIP mit 1,6% deutlich unterschritten werden.

■ In der Finanzplanung des Bundes peilen wir für 2011 einen ausgeglichenen Haushalt an.

### Das Ziel: Senkung der Lohnnebenkosten

*„Die Lohnnebenkosten haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer kaum mehr tragbaren Belastung geworden ist und die auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, mehr Beschäftigung zu schaffen.“*

Durch die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung, der Rentenversicherung und der Ar-

beitslosenversicherung haben wir die Systeme der sozialen Sicherung stabilisiert und die Elemente der Eigenverantwortung gestärkt.

■ Die Sozialversicherungsbeiträge liegen heute wie angepeilt unter 40%. Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag ist Anfang des Jahres 2007 von 6,5% auf 4,2% gesunken und konnte zum 1. Januar 2008 nochmals auf 3,3% zurückgenommen werden. Das bedeutet eine Entlastung in Milliardenhöhe für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherungen liegt unter der 20-Prozent-Marke.

### Das Ziel: Senkung der Einkommensteuer

*„Wir werden - wie geplant - die nächsten Stufen der Steuerreform mit einem Entlastungsvolumen von rund 7 Milliarden Euro am 1. Januar 2004 und von 18 Milliarden Euro am 1. Januar 2005 ohne Abstriche umsetzen.“*

■ Der Eingangssteuersatz ist seit 2005 bei 15 Prozent (1998: 25,9 Prozent).

■ Der Spitzensteuersatz wurde auf 42 Prozent gesenkt (1998: 53 Prozent). Allerdings haben wir aus Gründen der Steuergerechtigkeit den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen ab 250.000 Euro für Ledige und ab 500.000 Euro für Verheiratete auf 45 Prozent erhöht.

■ Das steuerfreie Jahreseinkommen (Grundfreibetrag) wurde von 6.322 (1998) auf 7.664 Euro (2004) angehoben.

### Das Ziel: Wahrung der Arbeitnehmerrechte

*„Ich möchte zum Thema Arbeitsmarkt unmissverständlich klarstellen: Wir werden das Recht auf Mitbestimmung nicht antasten und wir werden auch die Flächentarifverträge nicht abschaffen.“*

Trotz anders lautender Überlegungen von CDU/CSU hat die SPD in der Großen Koalition den Erhalt der Tarifautonomie vertraglich festgeschrieben.